

Eine alternative Planung ohne Enteignung wäre leicht möglich

Zuerst mit dem Bau zu beginnen und erst danach bei der Behörde die Bewilligung für die Fertigstellung zu erzwingen, ist Unrecht. Für eine solche Art von Straßenbaupolitik wurden GemeinderätInnen nicht angelobt!



Gerade die Planungsfrage an der B120 wäre leicht zu lösen. Dazu bedürfte es einfach des Prinzips, keine Denkmöglichkeiten vorzugeben. Alles muss auf den Prüfstand: die üppigen Fahrbahnteiler, der Gehweg auf der Nordseite der B120, die Linksabbiegespur nach Mühlendorf und natürlich auch der misslungene kombinierte Geh- und Radweg auf der Südseite, der von den Menschen im Ort aus guten Gründen kaum benützt wird.

Bspw. könnte mit einer Planung einer Projektgeschwindigkeit von 40 km/h anstelle von 50 km/h und dadurch geringeren Normbreiten auf Grundeinlösen völlig verzichtet werden.

Dennoch führt der Bürgermeister ohne gremialen Beschluss im Gemeinderat weiterhin Gespräche mit Anrainern an der B120 von der Tankstelle bis zum Kindergarten, um private Grundflächen für eine Verbreiterung der Straße abzulösen. Wir sagen dazu klar und deutlich **STOP!** Selbstverständlich stehen wir für gemeinsame Lösungen bereit, Enteignungsdrohungen müssen dafür aber umgehend vom Tisch!



*Was soll man dazu sagen?
Gerade saniert, und dann so ein Irrsinn!*

Politik der Unvernunft geht weiter ...

Enteignung war einmal ein Thema einer Gemeinderatssitzung, wurde aber von der Tagesordnung herunter genommen, ist kein Thema.

Bürgermeister Rudolf Raffelsberger
OÖ Heute, 19. Mai 2023

**Da fragen wir uns natürlich schon:
Was ist das Wort des Bürgermeisters noch Wert?**

Marie Santner, Fraktionsvorsitzende
Scharnsteiner Sozialdemokraten

Wenn ein Straßenprojekt wie der Umbau der Scharnsteiner Ortsdurchfahrt begonnen wird, bevor die Zustimmung aller betroffenen Grundeigentümer eingeholt wurde, liegt nach allgemeinem Verständnis ein „Schwarzbau“ vor, der keinesfalls nachträglich durch ein Enteignungsverfahren - dem schwersten Eingriff in das Grundrecht auf Eigentum - privilegiert werden darf.

Nach einem jahrelangen Rechtsstreit gegen rechtschaffene GemeindebürgerInnen würde Scharnstein nicht mehr dieselbe Gemeinde sein wie vor einer derart einschneidenden Maßnahme. Zukünftig könnte jeder Gemeindebürger der Willkür einzelner Mitglieder im Scharnsteiner Gemeinderat ausgesetzt sein.

Liebe Anrainer an der B120!

Schon bisher waren die Gespräche über Grundeinlösen intransparent. In Einzelgesprächen des Bürgermeisters wurde Anrainern stets vermittelt, „sie wären die Letzten, die noch nicht unterschrieben hätten“. Das ist aus unserer Sicht ein Taschenspielertrick - oder wie das ein betroffener Anrainer allen GemeinderätInnen schriftlich mitgeteilt hat - „Mobbing übelster Sorte“.

Langsam aber sicher kommen Betroffene drauf, dass einigen von ihnen bei den Verhandlungen bessere Bedingungen gemacht wurden und andere sprichwörtlich „über den Tisch gezogen wurden“.

Lassen Sie sich daher zu nichts überreden, was Sie später bereuen würden! Es gibt weder eine Planung noch einen Beschluss für eine Verbreiterung der B120 ab der Shell-Tankstelle aufwärts in Richtung Kindergarten.